

Erste Beiratssitzung: Die große Ratlosigkeit

„Die Regale und Bücher sind schon gekauft, das Personal schon eingestellt“. Frau Dr. Busse, Vertreterin der Behörde für Kultur und Medien, bringt es bei der ersten Sitzung des „Beirates“ auf den Punkt. Die Buchhändlerin öffnet ihren Buchladen am 2. Mai 2018 auf zwei Dritteln der Fläche, die ursprünglich für die Gedenkstätte „Stadthaus“ vorgesehen war. Das restliche Drittel soll als Veranstaltungs- und Ausstellungsfläche genutzt werden. Je nach Zweck muss allerdings immer umgebaut werden. Café, Buchhandlung und der „Ort der Erinnerung“ (so die offizielle Bezeichnung) sollen ineinander übergehen und sind höchstens durch einen Vorhang abtrennbar. Eine Ausstellungsagentur bereitet bereits Exponate und Wandtafeln vor. Das ist der vorgegebene Spielraum, mit dem sich der „Beirat“ abfinden muss – bestehend aus fünf Vertreter*innen von Opferverbänden und Initiativen, fünf Vertreter*innen von wissenschaftlichen Instituten und drei Vertreter*innen der Kulturbehörde.

Alle Beteiligten steckten in dem Dilemma, dass dieser „Beirat“ mindestens ein Jahr zu spät kommt und alle Rahmenbedingungen bereits festgezurrert sind. Zur Vorgeschichte: Bereits im Februar 2017 hatte der Verein der Geschichtswerkstätten in einem Brief an den neuen Kultursenator auf die Dringlichkeit hingewiesen, ein Konzept für das Stadthaus zu entwickeln. Im April fand dann ein Treffen zwischen Vertreter*innen der Geschichtswerkstätten, der Kulturbehörde und Quantum statt, auf dem ein erster Konzeptentwurf vorgelegt wurde. Damals hieß es, dass noch keine Festlegungen getroffen werden könnten, da Quantum sich noch nicht entschieden habe. Eine Trägerschaft der KZ-Gedenkstätte Neuengamme wurde von den Verantwortlichen aus Kostengründen abgelehnt, da dieses zusätzliche Personalkosten bedeutet hätte. Im Juni 2017 schrieb Frau Dr. Busse an den Verein der Geschichtswerkstätten, dass Quantum eine kommerzielle Lösung mit einer Eimsbütteler Buchhändlerin favorisiere. Damit war für die Kulturbehörde eine weitere Suche nach alternativen Lösungen offensichtlich nicht mehr nötig. Die antifaschistischen Verbände oder Initiativen wurden zu keinem Zeitpunkt in Beratungs- oder Entscheidungsprozesse einbezogen. Nun wurde deutlich, dass sowohl Quantum als auch die Stadt sich aus ihrer Verantwortung stehlen und an eine Buchhändlerin delegieren, die verständlicherweise in erster Linie an ihrem wirtschaftlichen Erfolg interessiert ist, zumal ihr die Räumlichkeiten praktisch mietfrei überlassen werden. In den Antworten auf mehrere kleine Senatsanfragen wurde immer wieder darauf verwiesen, dass die Firma Quantum mit der von ihr gefundenen Lösung ihren Verpflichtungen aus dem Kaufvertrag in vollem Umfang nachkomme.

Erst durch den sich auf der Straße entwickelnden Protest gegen diese Kommerzialisierung der Gedenkkultur und durch die kritische Berichterstattung in den Medien dämmerte den Verantwortlichen in der Kulturbehörde, dass es so einfach wohl doch nicht geht. Doch erst im Februar 2018, nachdem der Vertrag mit der Buchhändlerin bereits unterschrieben war, lud der Kultursenator Verbände und Initiativen zu einem Beratungsgespräch ein, mit dem Ziel, dort einen „Beirat“ ins Leben zu rufen und so die Protestierenden zum Mitmachen aufzufordern und damit zu besänftigen.

Vor diesem Hintergrund traf sich dieser „Beirat“ am 28. März das erste Mal und entsprechend ratlos waren alle Beteiligten, was denn jetzt noch ihre Aufgabe sein könnte. Entscheidende Fragen, wie die nach den Vertragsinhalten zwischen Buchhändlerin und Quantum oder nach einer möglichen langfristigen Sicherung der Gedenkstätte durch einen Grundbucheintrag konnten nicht beantwortet werden. Auch die Frage nach dem Charakter des Ortes (Gedenkort, Gedenkstätte, Lernort, Dokumentationszentrum) blieb unklar. Einig war man sich aber, dass ein „Ort der Erinnerung“ kaum mit dem geschäftigen Betrieb eines Cafés und einer Buchhandlung vereinbar sei.

Bei dem Versuch, die notwendigen Ausstellungsinhalte zu umreißen, wurde die historische Komplexität dieses Ortes, vom Kaiserreich über die Weimarer Republik und NS-Zeit bis in die Nachkriegszeit ebenso deutlich, wie die gesamte Bandbreite des polizeilichen und des staatlichen Terrors an diesem Ort und das weit über Hamburg hinaus. Jedem im Kreis wurde deutlich vor Augen geführt, dass der dafür vorgesehene Platz bei Weitem nicht ausreicht. Selbst dann nicht, wenn die Geschichte des Widerstandes herausgenommen und einer zukünftig noch zu schaffenden Gedenkstätte zugeordnet würde, wie es ein Vorschlag war. Eine Maßnahme, die jedoch kaum den Hinterbliebenen der Opfer und Widerstandskämpfer zu vermitteln wäre. Außerdem würde es dem Gedenkstättenkonzept der Hamburger Bürgerschaft widersprechen, das ausdrücklich eine „Gesamtschau des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus“ im Stadthaus vorsieht (Drs. 19/4555 und 20/7833).

Vorschläge, die Gedenkstättenfläche zu Lasten von Buchhandlung und Café zu vergrößern, wurden mit Hinweis auf die vertraglichen Vereinbarungen und auf die fortgeschrittenen Eröffnungsvorbereitungen natürlich abgeblübelt. Am Ende einigte man sich darauf, doch erst einmal eine gemeinsame Ortsbegehung durchzuführen und sich die Räumlichkeiten vor Ort anzuschauen. Immerhin noch vor der Öffnung der Buchhandlung....

UL, 29.03.2018